



Koalition

Präsident, Emir, Premier und EU-Kaiser

Nationalfeiertag

Wie immer, feierten Amerikaner bis in den Abend ihren 4. Juli auch auf der National Mall. Dort würdigte Präsident Trump vor dem Lincoln-Memorial in einer Stunde die jüngsten 243 Jahre anhand der Militärzweige, indes diese in Überflügen aus Army, Navy, Air Force, Coast Guard und Marines Flieger über das Washington Monument entlang schwirren ließen. Stolz auf diese Historie einer exzeptionellen Nation illustrierte er an Schicksalen, von den Kämpfern vor der Küste Tripolis um 1800 über 9/11 bis zur Befreiung vom IS-Kalifat in Syrien-Irak. Eine Nation, die froh und stolz ihre Geschichte betrachten kann, bewegt in mehr Licht als Schatten ein kreativer Geist, ohne den kaum neue Ufer zu erreichen wären, ob im Alltag, auf Mond oder Mars. Diese Geschichte zu erfassen, meint sie auch in Plus und Minus nachzuleben.

TWH Foto



Dies obliegt jeder Generation. Es hilft, wenn Washington Nationalsinn in einer Nation von Immigranten pflegt, die herkamen, um ihr Glück zu suchen, Amerikaner zu werden. Was Wunder, jene Schau „Salute to America“ soll 2020 wiederholt werden. Liebe zur Nation, Region und Heimat sind natürlich, haben wenig mit Nationalismus oder Chauvinismus zu tun. Starke, individuelle Gegenströme zu Globalisten, die nirgends zu Hause sind. Laut ihren „Internationalisten“ lösen sich Nationen auf. Das Ende des Sowjetreichs zeigte das aber umgekehrt, Grenzen für Weltbürger und Boom der Nationalstaaten. Dies auch in Mittelost.

Katar Kooperation, Warnung an Iran

Trump hatte am 12. Februar zur Lage der Nation Prinzipien seines Mittelostkurses dargelegt, auch zu Afghanistan: lange Kriege zu beenden. Die Idee des prinzipiellen Realismus ist, historische Realitäten zu akzeptieren. Am 8. Juli empfing Trump Scheich Tamim Bin Hamad Al Thani zu Gesprächen über Wirtschaft – \$185 Md., zu verdoppeln – und Militär, hier vor allem die US-Basis al-Udaid. Beide betonten ihre Freundschaft und enge Kooperation.

Wappen Katars, Wiki



Finanzminister Mnuchin würdigte Emir Tamims Hilfe im Kampf gegen die Finanzierung von Terror und für die strategische US-Präsenz in Mittelost. Überdies kooperiere man zur Gesetzgebung Katars gegen Finanzhilfe für Terror. Das Land beteilige sich am Zentrum zur Verfolgung von Terrorfinanzierung. Beide Seiten tauschen Informationen gegen den Missbrauch des Finanzsystems aus. Katar trete für die UN-Antiterror-Verpflichtungen ein.

Am 9. Juni 2017 hatten Ägypten, Bahrain, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate ihre Beziehungen zu Katar abgebrochen, dem sie Hilfe für Terroristen anlasteten. Dem Vorwurf trat Präsident Trump am selben Tag bei. Zwar gab es seither Kuwaits Vermittlungen, jedoch ist die Krise noch nicht ausgestanden, zumal es um Islamisten wie Hamas, Hizballah – Amerika sanktionierte am 9. Juli drei Führer – und Muslimbrüder geht. Andere verweisen auf Katars Einfluss in Amerika und Europa, das Beziehungen zum Iran hegt. Auf die Frage eines Journalisten warnte Präsident Trump am 9. Juli vor seinem Treffen mit Emir Tamim abermals Teheran, das Ungutes treibe und besser vorsichtig sein solle.

Abbau Atompakt

Israels Premier Netanjahu warnte Iran am 8./9. Juli, die Teile des Atompakts einzuhalten. Teheran habe jüngst mit der Zerstörung Israels gedroht. Aber die Jets (F35) könnten alle Punkte in Mittelost erreichen, darunter Iran und Syrien. Der **Atompakt** basierte auf der Lüge, Teheran strebe keine Nukes an. Dabei entwickle es seit 20 Jahren Atomwaffen. Der Pakt verwehrte dies nicht, sondern ebnete den Weg dorthin. Da Sanktionen fielen, erhielt es \$5Md. und finanzierte seine Aggression. Europa sollte Trumps Sanktionen unterstützen.

Foto Kurz Twitter, Kobi Gideon



Der Wiener Sebastian Kurz besuchte Benjamin Netanjahu. Wie zuvor, nimmt er eine klare Haltung in Jerusalem ein, wo Netanjahu meinte, Irans **Uranium**-Anreicherung über ein gewisses Niveau (3,7%) habe nur einen alleinigen Grund, den Bau einer Atombombe. Dabei hätten die Führer des P5+1 Pakts für den Fall angekündigt, wieder zu Sanktionen zurückzukehren. Wo bleiben sie damit? Kurz jedenfalls gibt mithin auch sein Beispiel für Berlin, zumal Angela Merkel am 28. Juni Trump nicht beitreten wolle und von Diplomatie sprach. E3-**Europäer** wollen in Russland und **China** auftreten – und am 15. Juli in Brüssel beraten.

Sicher kam dies auch in Treffen von Wirtschaftsminister Altmaier in Amerika am 10. Juli auf, zumal Trump an diesem Tag tweetete, Iran habe lange geheim Uran „angereichert“. Daher mögen weitere Sanktionen folgen. E3-**Europäer** verfielen in die **Querlage** und Teheran versucht nun, sie zu erpressen. Es will ab 8. Juli Aktionen aller zwei Monate verschärfen, wenn diese ihm keinen Produktabsatz sichern. So eine Verschärfung könnte Anreicherung auf 20% (90% nötig) sein, Inspektionen zu verneinen oder bessere Zentrifugen zu benutzen. Setzen E3-Sanktionen wieder ein, meint Teheran, sei der Atompakt tot. Der durch Briten aufgebrachte Öltanker für die Raffinerie in Basra führte Iraner in das altbekannte **Szenario**, wie sie es androhten. Gesagt, getan. Die britische Fregatte HMS Montrose verhinderte es am 11. Juli, dass Kleinboote der Revolutionsgarde in der Straße von Hormuz den Tanker „British Heritage“ angingen.

Montrose, Foto Wiki Mick Storey



Illusion Appeasement, Kommissar als Kaiser?

Internationale Pakte sollten nicht unter Ausschluss nationaler Parlamente entstehen. Der UN-Sicherheitsrat diente bei Irans Atompakt als Mantel, da der Pakt wegen seiner Kernfehler keine Chancen erfuhr, im Kongress zu bestehen. Merkels Kurs der Besänftigung Irans war kein „**Sieg der Diplomatie**“, sondern ein Reinfall, den vor allem auch Israel auszubaden hat: danach expandierte Iran viel stärker, erhielt mehr Mittel über Mittelost hinauszugehen.

In der EU kam das Personalpaket auf, das durch das EU-**Parlament** geht. Mangel an Demokratie bleibt. Zwar hält Angela Merkel eine transnationale Direktwahl von Spitzenkandidaten für möglich, doch ersetzt das Parlament keine Nationalparlamente. Wozu ist es da, um wie erstrebt den EU-Haushalt von 1% plus den Zuschlag für die Euro-Zone einzuteilen?

Solange offen ist, was die EU sein will, Staatenbund, Bundesstaat..., weckt sie Zweifel. Zu viele nicht direkt gewählte und direkt Wählern rechenschaftspflichtige Vertreter. Wenn Angela Merkel am 10. Juli sagte, der EU-Kommissionspräsident sei „Präsident aller Mitgliedstaaten der EU, der für ganz Europa einsteht“, nach innen wie außen, so haben Wähler den „EU-Kaiser“ nicht legal direkt im Wettstreit erkoren. Politiker setzen ihn unter sich in eine limitierte Kommission, die zu weit geht.

Wolfgang G. Schwanitz